



Journalisten als Talkshow-Gäste: Christoph Schwennicke, Kerstin Palzer und Giovanni di Lorenzo (v.l.) sowie der ehemalige Boxer Wladimir Klitschko bei Sandra Maischberger (r.)

THOMAS BARTILLA/IMAGO

Wer bezweifelt, dass in der deutschen Medienlandschaft und ihrer Talkshow-Kultur seit Beginn des Ukrainekrieges der Meinungskorridor stark verengt wurde, wird jetzt eines Besseren belehrt. Und das von höchster Stelle. Eine vom Innenministerium über die Bundeszentrale für politische Bildung finanzierte empirische Studie bringt Überraschendes zutage: Die überwältigende Mehrheit der seit dem russischen Angriff auf die Ukraine eingeladenen Talkshow-Gäste waren Journalisten und nicht Militärexperten, und seit 2022 wurden kaum noch Studiogäste eingeladen, die auch die Sicht Russlands und vor allem die Vorgeschichte des Kriegs in die Debatte einbrachten. So weit, so gut. Doch das Interessante kommt erst.

Denn das Resümee der Bundeszentrale für politische Bildung lautet nicht etwa – wie jeder vernünftiger Bürger vermuten würde –, dass sich eine solche Medienkultur dringend ändern muss, um der Pluralität der Meinungen Raum zu geben, sondern im Gegenteil, dass man „wertvolle Zeit verloren hat, einen Konsens in der Politik und Gesellschaft herzustellen“. „Umstrittenen Positionen“ eine Plattform zu bieten, hätte einen „fatalen Rollback“ bewirkt.

Mit „umstrittenen Positionen“ meint die Bundeszentrale für politische Bildung konkret: Gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine zu sein, sowie nach mehr Diplomatie zu verlangen. Solche Forderungen werden von der Bundeszentrale als „extrem populistisch“ bezeichnet.

Mit dem Ziel, den Meinungskorridor in Deutschland bewusst zu verengen, widerspricht die Bundeszentrale ihrer eigenen Präambel. Dort ist zu lesen: „Aus den Erfahrungen mit diktatorischen Herrschaftsformen in der deutschen Geschichte erwächst für die Bundesrepublik Deutschland die besondere Verantwortung, Werte wie Demokratie, Pluralismus und Toleranz im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen.“

Schnelle Entscheidungen

Was in einer Demokratie gesagt und nicht gesagt werden darf, ist in Deutschland juristisch festgelegt. Verboten sind Volksverhetzung, die Verharmlosung des Holocaust und der Aufruf zu Mord und Totschlag. Die Forderung nach Diplomatie, die Kritik an Waffenlieferungen oder der Verweis auf die Vorgeschichte des Krieges gehören nicht dazu.

Warum also gibt es eine derartige mediale Verengung des Meinungsspektrums? Eine Antwort auf diese Frage gibt Walter Lippmann, der politische Theoretiker, der 1922 mit seinem bahnbrechenden Werk „Public Opinion“ philosophisch begründete, warum eine Demokratie Propaganda benötigt.

Lippmann, womöglich der politisch einflussreichste Journalist, der je gelebt



Ist das der politisch einflussreichste Journalist, der je gelebt hat? Walter Lippmann 1920

hat, arbeitete aufs Engste mit amerikanischen Präsidenten zusammen, er war Berater im Kriegsministerium, verantwortlich für die Schaffung des „Committee on Public Information“, das die Mobilisierung der Gesellschaft für die Beteiligung der USA am Ersten Weltkrieg ermöglichte, und spielte bei dem wohl einflussreichsten Thinktank der USA „Council on Foreign Relations“ eine zentrale Rolle, der bis heute dafür sorgt, dass der Traum von der Hegemonie der USA zu Hause und in der

Der Bürger ist kein Schaf

Ausgerechnet eine Studie der Bundeszentrale für politische Bildung zeigt, wie sich der Meinungskorridor in Talkshows seit dem Ukrainekrieg verengt hat. Doch die Schlussfolgerungen verblüffen

NATHALIE WEIDENFELD

Welt propagiert wird. Lippmann war davon überzeugt, dass Demokratie nur auf der Basis einer bewussten Lenkung der Massen möglich ist, die deren Wohl dient. Um das erfolgreich durchzuführen, müsse man sich nur bestimmter Mechanismen bedienen, die schon damals aus der psychologischen Forschung bekannt waren, wie etwa das Denken in Schablonen und Stereotypen.

Lippmann war der Meinung, dass politische Entscheidungen häufig schnell getroffen werden müssten, und da schlichtweg keine Zeit für lange Erläuterungen und Überzeugungsarbeit bliebe. Und wo es „keine Chance auf einen konstruktiven Gebrauch des Verstandes“ gibt, müsse man eben auf etwas anders setzen – und das sei „ein Gewehr und ein Slogan“.

Wie es scheint, hat sich Lippmanns Auffassung von Demokratie unterdessen auch in Deutschland durchgesetzt – und das nicht nur, was die Berichterstattung über den Ukrainekrieg betrifft. Auch in Bezug auf Corona hat es mehr als drei Jahre lang eine „Lenkung der verwirrten Herde“ gegeben.

Wie ein Bericht der Zeit zu entnehmen war, ist der Bundesnachrichtendienst bereits 2020 zu der Überzeugung gekommen, dass das Coronavirus höchstwahrscheinlich aufgrund einer Laborpanne in Wuhan in Umlauf gekommen ist. Dieser Befund war sowohl Angela Merkel als auch Olaf Scholz bekannt, sie enthielten aber diese Information der Öffentlichkeit vor. Jahrelang wurde die Laborhypothese, also die Vermutung, dass das Coronavirus Folge von *Gain-of-function-Research*, also der Forschung, wie Viren gefährlicher für Menschen gemacht werden können, in

Deutschland als lächerliche Verschwörungstheorie bezeichnet. Argumente, die für die Laborhypothese sprechen, wurden im öffentlichen Diskurs systematisch unterdrückt. Dass Menschen in Deutschland – wie statistische Studien es belegen – zunehmend das Gefühl haben, nicht mehr das sagen zu dürfen, was sie denken, kommt nicht von ungefähr. So verwirrt ist die Herde dann doch nicht, dass sie nicht spürt, dass sich das Meinungsspektrum verengt hat.

Ein kleiner Teil der Herde kommt deswegen zu teilweise skurrilen Schlüssen. Dass Echsenmenschen die Welt erobern wollen, zum Beispiel. Oder dass Bill Gates uns heimlich Chips einpflanzt. Was wiederum von den Medien dafür instrumentalisiert wird, die gesunde Skepsis gegenüber uniformer Berichterstattung zu diskreditieren.

Natürlich sind weder Journalisten noch die Talkshow-Gastgeber böse Machiavellisten. Wie auch Lippmann glauben sie, dass sie im Namen der Demokratie die ehrenvolle Aufgabe haben, die Herde zu lenken.

Es ist so gesehen kein Zufall, dass Journalisten häufig andere Journalisten als Experten zu Talks im Radio und im Fernsehen einladen. Und sicherlich handeln selbst die Akteure der vom Familienministerium geförderten Stiftung „LibMod“ (Zentrum für Liberale Moderne) in gutem Gewissen, wenn sie wie etwa für das Projekt „Gegneranalyse“ zweifellos demokratische Medien wie die Nachdenkseiten nur aufgrund für sie unliebsamer Positionen als „systemoppositionell“ zu diskreditieren suchen. Doch gute Absichten führen bekanntlich nicht in den Himmel.

Anders als Lippmann meinte, ist nämlich der Bürger kein Schaf. Er ist in der Lage, sich von Gründen leiten zu lassen und dem besseren Argument zu folgen. Würden wir daran nicht glauben, hätten die Demokratie – und der öffentliche Diskurs – keinen Sinn. Voraussetzung dafür ist allerdings erstens, dass der mündige Bürger umfassend und divers informiert wird und es zweitens einen öffentlichen Diskurs gibt, der frei von Diskriminierung und Unterdrückung Andersmeinender ist.

Ein Konsens, der hergestellt wird, indem manche Positionen einfach weggelassen werden, ist einer Demokratie unwürdig. Ja, die Demokratie befindet sich in einer Krise – doch nur mit dem Finger auf extrem rechte Politiker zu zeigen und vor den Gefahren einer Diktatur zu warnen, ist nicht die Lösung, zumindest nicht die ganze. Um die Demokratie zu revitalisieren, müssen wir dringend wieder offene Debatten führen. Die in den letzten Jahren so lautstark geforderte Sensibilität im Umgang mit sexuell divers orientierten Menschen muss auch für politisch diverse Meinungen gelten. Der gesamte öffentliche Raum einer Demokratie muss ein Safe Space werden – es steht viel auf dem Spiel.

Der gesamte öffentliche Raum einer Demokratie muss ein Safe Space werden.